Eidgenössische Räte: Wintersession 2004 - sicherheitspolitische Schlaglichter

Autor(en): **Wirz, Heinrich L.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-69757

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Eidgenössische Räte: Wintersession 2004 – sicherheitspolitische Schlaglichter

Das Parlament hat wichtige Entscheide zu Einsatz, Ausrüstung und Liegenschaften der Armee getroffen. Der Bundesrat veröffentlichte seine sicherheitspolitischen Ziele 2005 und verabschiedete – mit finanziellen Kürzungen der Landesverteidigung – das Entlastungsprogramm 2004.

National- und Ständerat haben den Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung des Kantons Graubünden bei den Sicherheitsmassnahmen für das World Economic Forum (WEF) 2005 und 2006 in Davos mit bis höchstens 6500 Angehörigen der Armee gutgeheissen. Der Nationalrat genehmigte abschliessend den Friedensförderungseinsatz von Schweizer Armeeangehörigen in der multinationalen European Union Force (EUFOR) in Bosnien-Herzegowina sowie die militärische Immobilienbotschaft 2005 mit neuen Verpflichtungskrediten von rund 372 Millionen Franken. Er stimmte dem von 647 auf 409 Millionen geschrumpften Rüstungsprogramm 2004 zu, das heisst, ohne die so genannten Genie- und Minenräumpanzer und ohne die Transportflugzeuge. Bei letzteren besteht jetzt eine Differenz zum Ständerat für dessen Frühjahrssession.

Parlamentarische Vorstösse

Nationalrat Markus Hutter (FDP/ZH) fragt auf Grund der in der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift (ASMZ, 12/2004) veröffentlichten Ziele 2005 des Verteidigungsdepartementes (VBS) den Bundesrat nach der «Konzeptarbeit für die Zukunft der Armee»: Vorgaben und Vorgehen bezüglich Strategie, Grundbereitschaft und Leistungsaufträgen. Die SPS-Fraktion setzt sich für das von Entlassung bedrohte Militärpersonal ein und ersucht die Landesregierung, den Abbau zeitlich zu erstrecken. Die SVP-Fraktion überträgt die Thesen ihres Parteitages vom 16. Oktober 2004 in mehrere Vorstösse, zum Beispiel: die bewaffneten Auslandeinsätze nicht ausweiten, die Lage der Instruktoren verbessern, auf Zeitmilitär und Durchdiener verzichten, die Ausbildungsverantwortung wieder dem Milizkader übertragen, die Rettungstruppen verstärken sowie Territorialinfanterie und Flughafenformationen reaktivieren.

Zwecks Verbesserung der «mangelhaft vorbereiteten» Armee XXI fordert Nationalrat J. Alexander Baumann (SVP/TG) eine umfassende Schwachstellenanalyse und weist auf diejenige der Armee 95 hin, die politisch unterdrückt worden sei. Nationalrat Boris Banga (SPS/SO) will sich, zusammen mit dem VBS, dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen der «überlasteten Berufsmilitärs» verbessert und deren Bestand erhöht wird. Er versprach dies an der Diplomfeier der Militärakademie an der ETH Zürich vom 15. Dezember 2004. Die SVP-Fraktion beauftragt in einer – wohl scherzhaften – Motion die Verwaltungsdelegation, die für das Bundeshaus bestehende Sicherheitsregelung derjenigen von «Schengen» anzupassen, die der Bundesrat als sicherer beurteile. Demnach wären die heutigen Sicherheitsschleusen im Inneren zu ersetzen.

Entscheide der Landesregierung

Der Bundesrat veröffentlichte am 17. November 2004 seine Ziele im Jahre 2005. Er will «die neue Sicherheitspolitik umsetzen» und meint damit erstens, den bis Ende 2005 befristeten Einsatz der «Swiss Company» (Swisscoy) in der multinationalen Kosovo Force (KFOR) fortzusetzen. Bereits am 3. Dezember 2004 beschloss er eine Verlängerung bis Ende 2008, die der Ständerat in der Frühjahrssession behandeln wird. Er beabsichtigt zweitens, die Armeereform den schwindenden Finanzen anzupassen und die Mittel für den Verteidigungsauftrag herabzusetzen. «Das Gros der Armee wird auf Fähigkeiten zur Raumsicherung ausgerichtet, die auch für Einsätze zur Unterstützung der zivilen Behörden und der Friedensförderung erforderlich sind.» In diesen Zusammenhang gehört auch die am 6. Dezember 2004 bekannt gegebene, für die Betroffenen und für die Kantone wirtschaftlich schmerzhafte Verzichtplanung «Stationierungskonzept der Armee». Über die Führungsstrukturen der Armee und die Unterstellungsverhältnisse soll 2005 der Bundesversammlung ein Bericht erstattet werden (Armeeorganisation, Artikel 13, Absatz 2).

Gemäss Legislaturplanung 2003 bis 2007 wird die Landesregierung dem Parlament ebenfalls über die Erreichung der Ziele der Armee und die Weiterentwicklung der Armee XXI berichten (Militärgesetz, Artikel 149b). Der Bundesrat setzte im Weiteren die Änderung der Erwerbsersatzordnung auf den 1. Juli 2005 in Kraft, womit die Entschädigung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz erhöht wird. Er verabschiedete am 22. Dezember 2004 das individuelle Programm 2005 für die «Partnerschaft für den Frieden» und, nach einer kurzen Vernehmlassung ohne Abstriche, seine Botschaft zum Entlastungsprogramm 2004 für den Bundeshaushalt (EP 04). Das EP 04 entzieht dem VBS für die Finanzplanungsjahre 2006 bis 2008 weitere insgesamt 489 (Verteidigung: 447) Millionen Franken. Festgestellt wird, dass 4,3 Milliarden Franken (ohne Arbeitgeberbeiträge) für die Armee XXI vorgesehen waren. «Der Bereich ‹Verteidigung› (V) des VBS hat seit 1998 gegenüber den ursprünglichen Planungen (...) insgesamt rund 2,8 Milliarden Franken weniger zur Verfügung.»

Eindrücke und Erkenntnisse

Erstens fällt es den Parlamentariern, sogar den militärisch weiterausgebildeten, laufend schwerer, die immer umfangreicher werdenden politischen, rechtlichen und fachtechnischen Grundlagen der Landesverteidigung noch zu überblicken. Zweitens haben die nationalrätlichen Debatten ein weiteres Mal gezeigt, dass nicht einmal die drei bürgerlichen Regierungsparteien über die grundlegenden Fragen zur Gestaltung der Landesverteidigung und zu den Aufträgen der Armee einig gehen. Drittens lassen die schwer wiegenden Einwände, auch von Armeebefürwortern, gegen das Rüstungsprogramm 2004 und andere Vorlagen darauf schliessen, dass Führung, Einsatz, Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Armee XXI zunehmend hinterfragt werden. Viertens werden Entscheide über die äussere und innere Sicherheit der Schweiz nicht mehr bedrohungs- und sachgerecht, sondern partei- und finanzpolitisch sowie ungeachtet der bisherigen sicherheitspolitischen Grundlagen und Volksabstimmungen getroffen. Fünftens bestätigt sich, dass die Beschaffung umstrittener Rüstungsgüter («Geniepanzer») ohne klare Informationsführung und ohne einleuchtende Begründungen, auch gegenüber Medien und Öffentlichkeit, keine parlamentarische Mehrheit mehr findet. Sechstens bröckelt die Zustimmung der Fraktionen zu den bestehenden bewaffneten Auslandeinsätzen, zum Beispiel Swisscoy, zusehends ab, und der Widerstand gegen den Ausbau der militärischen Friedensförderung auf Bataillonsstärke wächst.

Heinrich L. Wirz

